Sitzungsvorlage

(Amt - Aktenzeichen)

FB 9/Fr. Spera

Vorlagen-Nr. 0520/2014-2020

Zur Sitzung

Betriebsausschuss Abwasserwerk

10.09.2015

öffentlich

Entscheidung

Beratungs-
gegenstand

Einführung einer Grundgebühr ab dem Jahr 2016 für die
Schmutzwasserbeseitigung

Sachverhalt:

In seiner Sitzung am 25.03.2015 beschloss der Rat der Stadt Niederkassel die in der Sitzung des Betriebsausschusses des Abwasserwerkes vom 12.03.2015 ausgesprochene Empfehlung, die Abwassergebührenkalkulation und die darin einfließenden Abschreibungen auf die Grundlage der Wiederbeschaffungszeitwerte umzustellen.

Die Betriebsleitung bezifferte die voraussichtlichen Gebührenerhöhungen mit € 0,42/cbm für die Schmutzwasserbeseitigung bzw. € 0,15/qm für die Niederschlagswasserbeseitigung und die daraus folgende Mehrbelastung mit ca. € 65,00 für einen 4-Personen-Haushalt.

Aufgrund der Berechnungen der Betriebsleitung bat die FDP-Fraktion in der o.a. Sitzung des Betriebsausschusses die Betriebsleitung, die Möglichkeiten der Einführung einer Grundgebühr für die Abwasserbeseitigung zu überprüfen. Dieser Bitte kommt die Betriebsleitung nun nach und erläutert nachfolgend die allgemeinen Grundsätze und die getroffenen Feststellungen zum Ansatz einer Grundgebühr für die Schmutzwasserbeseitigung.

Gesetzliche Grundlagen:

Nach § 6 Abs. 6 Satz 3 KAG NW ist eine Grundgebühr, die Teil einer Benutzungsgebühr ist, zulässig. Die Grundgebühr dient mit einem, nach einem gesonderten Maßstab ermittelten, besonderen Gebührensatz der Abgeltung der Vorhaltekosten. Die Erhebung einer Grundgebühr resultiert auf dem Gedanken, dass jeder Anschluss für die Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft einer öffentlichen Einrichtung fixe, also verbrauchsunabhängige Betriebskosten (sog. Vorhaltekosten) verursacht. Als Vorhaltekosten kommen insbesondere die Personalkosten, Abschreibungen und Zinsen in Betracht.

Der Kostendeckungsanteil der Grundgebühr sollte nach dem Beschluss des OVG NRW vom 11.08.2008 (Az 9 A 859/07) - zur Vermeidung einer übermäßigen Belastung einzelner Gebührenschuldner - einen Anteil von 30 % der fixen Kosten nicht überschreiten. Damit kann von weiteren Kostenverteilungsschlüsseln (z.B. Staffelung der Grundgebühr nach der Größe des Wasserzählers) abgesehen werden.

Als Verteilungsmaßstab ist nach dem Urteil des VG Minden vom 6.7.2010 (Az. 12 K 1317/04) eine Grundgebühr je Frischwasserzähler zulässig.

Ermittlung Fixkosten und Grundgebühr:

Die in der Gebührenkalkulation zur Ermittlung der Gebührenerhöhung bei Umstellung der Abschreibungen auf den Wiederbeschaffungszeitwert enthaltenen und geschätzten Fixkosten an den Gesamtkosten von € 8.422.00 betragen € 6.565.600. Der auf den Schmutzwasseranteil entfallende Fixkostenanteil beträgt € 3.939.100. Die jeweilige Verteilung kann der nachfolgenden Aufstellung entnommen werden.

Fixkosten	Gesamt	Anteil NW	Anteil SW
Personalkosten	1.015.300	281.800	733.500
Zinsen	1.551.000	678.100	872.900
Abschreibungen	3.999.300	1.666.600	2.332.700
Gesamt	6.565.600	2.626.500	3.939.100

Für die Ermittlung der Grundgebühr staffelte die Betriebsleitung die oben aufgeführten Fixkosten in Anteile von 10, 20 und 30 %. Die Gesamtkosten wurden für die Berechnung der Schmutzwassergebühr um den jeweiligen Fixkostenanteil vermindert. Die Verteilung der verbleibenden Gesamtkosten erfolgte nach dem voraussichtlichen Wasserverbrauch (1.477.300 cbm); die Verteilung der Fixkosten erfolgte entsprechend der vorhandenen Wasserzähler (11.226 St.).

Die jeweiligen Anteile der Fixkosten unter Einbeziehung der Abschreibungen nach dem Wiederbeschaffungszeitwert nebst der sich daraus ergebenden Grundgebühr im Verhältnis der vorhandenen Wasserhausanschlüsse sowie die jeweilige Schmutzwassergebühr/cbm sind in der folgenden Aufstellung aufgeführt.

Fixkosten %	Anteil €	Grundgebühr/ jhrl.	Schmutzwasser geb./cbm
Fixkosten	3.939.100		
Davon:			
10	393.900	35,09	3,33
20	787.800	70,18	3,06
30	1.181.700	105,27	2,79

Die sich daraus ergebenden Auswirkungen auf 1- bis 5-Personen-Haushalte können der als Anlage beigefügten Tabelle entnommen werden. Als Grundlage für die Vergleichswerte diene der voraussichtliche Gebührensatz von € 3,59/cbm auf der Grundlage der Wiederbeschaffungszeitwerte.

Fazit:

Der nachfolgenden Betrachtung liegt eine Grundgebühr in Höhe von 10 % der Fixkosten zu Grunde.

Die Einführung einer Grundgebühr führt grundsätzlich zu einer niedrigeren verbrauchsabhängigen Schmutzwassergebühr und einer jährlich anfallenden Grundgebühr je Wasserhausanschluss. Daraus folgt, dass 1- bis 2-Personen-Haushalte stärker über eine Grundgebühr belastet werden als 4- bis 5-Personen-Haushalte, die bei gleicher Grundgebühr wie ein 1-Personen-Haushalt eine Entlastung erfahren. Nahezu konstant bleiben die Kosten für einen 3-Personen-Haushalt.

Der beiliegenden Aufstellung ist die stattfindende Kostenumverteilung von den 4- und 5-Personen-Haushalten auf den 1- Personen-Haushalt deutlich zu entnehmen. Beträgt die Kostensteigerung durch die Umstellung auf den Wiederbeschaffungszeitwert ohne Grundgebühr noch konstant 13,25% für alle Haushalte, so verändert sich die genannte Belastung bei gleichzeitiger Einführung einer Grundgebühr von 10 % für die Haushalte mit mehr als 3 Personen in eine Entlastung von bis ca. 2 %. Demgegenüber müssen die Haushalte mit weniger als 3 Personen eine zusätzliche Kostensteigerung von bis zu 18 % verkraften.

Unter Berücksichtigung eines Vergleiches der derzeitigen Kanalbenutzungsgebühr in Höhe von 3,17 €/cbm und einer durch die beschlossene Umstellung der Abschreibung erhöhten Kanalbenutzungsgebühr von ca. 3,59 €/cbm führt die zusätzliche Einführung einer Grundgebühr von 10 % für die 1- bis 2-Personen-Haushalte zu einer Kostensteigerung von ca. 31 % - gegenüber 13 % ohne Grundgebühr - und im Vergleich dazu für die Haushalte mit mehr als 3 Personen zu einer Kostensteigerung von ca. 11 % - gegenüber ca. 13 % ohne Grundgebühr -.

Die Betriebsleitung weist darauf hin, dass bei Ermittlung der Grundgebühr nicht berücksichtigt wurde, ob eine nicht hinnehmbare Diskrepanz zwischen der Höhe der Grundgebühr und der tatsächlichen Inanspruchnahme der Vorhalteleistung besteht. Diese könnte durch viele Mehrfamilienhäuser auf der einen und viele von einzelnen Personen bewohnten Grundstücken auf der anderen Seite entstehen und demnach zu einer unrechtmäßigen Grundgebühr führen.

Außerdem beruhen alle Berechnungen auf geschätzten Beträgen. Bisher nicht berücksichtigte und nicht absehbare Kostensteigerungen können zu einer, den tatsächlichen Gegebenheiten angepassten, höheren Grund- und Schmutzwassergebühr führen.

Die Betriebsleitung hält unter Berücksichtigung der vorstehenden Ausführungen die Einführung einer Grundgebühr zur Schaffung einer sozial verträglicheren Verteilung der Aufwendungen nur bedingt für geeignet. Sofern gleichwohl eine Grundgebühr eingeführt wird, sollte diese jedoch 10 % der Fixkosten nicht übersteigen.

Um Beratung und Beschlussfassung wird gebeten.